



Landvolk Niedersachsen
Landesbauernverband e.V.

Der Hauptgeschäftsführer

Landvolk Niedersachsen · Warmbüchenstr. 3 · 30159 Hannover

24.08.2010

Herrn
Christian Meyer, MdL
Bündnis90/Die Grünen
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Sehr geehrter Herr Meyer,

Sie haben in Ihrer Funktion als Mitglied der Landtagsfraktion "Bündnis90/Die Grünen" durchgesetzt, dass die Landesregierung allen Abgeordneten flurstücksgenau die Flächen benennt, auf denen in diesem Frühjahr vermutlich mit gentechnischen Anteilen verunreinigter Mais ausgesät wurde. Ich kann leider nicht ausschließen, dass die gesetzlichen Regelungen es auch zulassen, wenn Sie diese Flurstücksangaben jetzt im Internet veröffentlichen. Das müssen vielleicht erst die Gerichte klären. Sie wissen aber auch, dass die betroffenen Landwirte bei der Aussaat kein Verschulden getroffen hat und der Schaden, der durch die amtlich angeordneten Beseitigungsmaßnahmen entstanden ist, den Betrieben bisher von niemandem ersetzt wurde.

Sehr geehrter Herr Meyer, bestürzt bin ich jedoch, mit welcher Leichtfertigkeit Sie in Ihrer Pressemitteilung vermuten, dass die verordnete Beseitigung der betroffenen Maissaat unterblieben ist und daraus ein Schaden für andere Landwirte oder auch Imker entstanden wäre. Als Landwirtschaftsexperte der "Grünen" wird Ihnen bekannt sein, dass einige Landwirte die betroffenen Flächen nach der amtlich überwachten Abtötung der Erstaussaat erneut mit Mais bestellt haben. Die Betriebe mussten das häufig tun, weil für die Futtermittelversorgung oder die Lieferung von Biomasse zur Vergärung keine andere Alternative gegeben war. Was ist dann Ihr Motiv, Herr Meyer, wenn Sie kurz vor der Ernte einen öffentlichen Aufruf zur Überprüfung der Beseitigung durch "Jedermann" starten, wohl wissend, dass eine derartige Feldbesichtigung zum heutigen Zeitpunkt dazu nicht geeignet ist?

Ich möchte es eigentlich nicht glauben, dass Ihnen der parteitaktische Zweck inzwischen auch das Mittel heiligt, unverschuldet Betroffene ins Zwielficht zu bringen und möglicherweise zur Zielscheibe unerträglicher Selbstjustiz zu machen. Ich hoffe daher, dass Sie als agrarpolitischer Sprecher Ihrer Landtagsfraktion auch einmal den Mut haben, in einer Pressemitteilung vor pauschaler Diffamierung von Landwirten zu warnen und die Bewahrung von Anstand und Rechtsstaatlichkeit auch bei großen Meinungsdivergenzen einzufordern.

Mit freundlichen Grüßen



Jörn Johann Dwehus